

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Berlin, Februar 2009: Atomforum umzingelt (mehr auf Seite 9) Foto: Jakob Huber

Es kann jeden Tag passieren

Die große Katastrophe ist auch in den angeblich „sichersten“ AKW möglich

In 30 Staaten dieser Erde wird die Atomenergie kommerziell genutzt. Glaubt man den Beteuerungen der Betreiber der weltweit 436 Meiler, gehören ausnahmslos alle zu den „sichersten der Welt“.

In Deutschland erfreut sich diese Metapher besonderer Beliebtheit – vor allem unter Politikern, von denen zu befürchten ist, dass sie nicht einmal das Funktionsprinzip der Kernspaltung und ihrer technischen Anwendung in Atomkraftwerken je durchdrungen haben.

AKW-Propagandisten wie Walter Hohlfelder – unter Klaus Töpfer Leiter der Reaktorabteilung im Bundesumweltministerium, dann Vorstand beim AKW-Betreiber Eon, heute Präsident des Deutschen Atomforums – erklären, eine

Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke mache „die Versorgung mit Strom sicherer“. Die kühne Behauptung: Wegen der vielen Nachrüstungen (auf gut deutsch: Reparaturen) würden Atomkraftwerke, im Gegensatz zu Autos oder Flugzeugen, mit zunehmendem Alter immer sicherer. Dagegen spricht die Physik.

Reaktoren „altern“. Metallische Werkstoffe unterliegen unter Belastung komplexen Veränderungen. Diese sind schwer auszurechnen oder durch Überwachungssysteme rechtzeitig zu entdecken, vor allem, wenn wie in Atomreaktoren hohe Temperaturen, enorme mechanische Belastungen, eine chemisch aggressive Umgebung und das Dauerbombardement mit Neutronen aus der Kernspaltung

gleichzeitig auf sicherheitstechnisch entscheidende Bauteile wirken.

[weiter auf Seite 2](#) →

Liebe Freundinnen und Freunde

30 Jahre nach dem schweren Unfall im AKW Harrisburg und 23 Jahre nach dem Super-GAU in Tschernobyl fragen wir: Wie sicher sind Atomkraftwerke heute? Die Antworten spornen an, der Atomlobby weiter Paroli zu bieten. Gute Gelegenheiten, dies öffentlich zu tun, sind die Demos am 25./26. April und am 5. September. Bitte tragt dazu bei, dass sich möglichst viele Menschen an den Protesten beteiligen! Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!

Die Redaktion

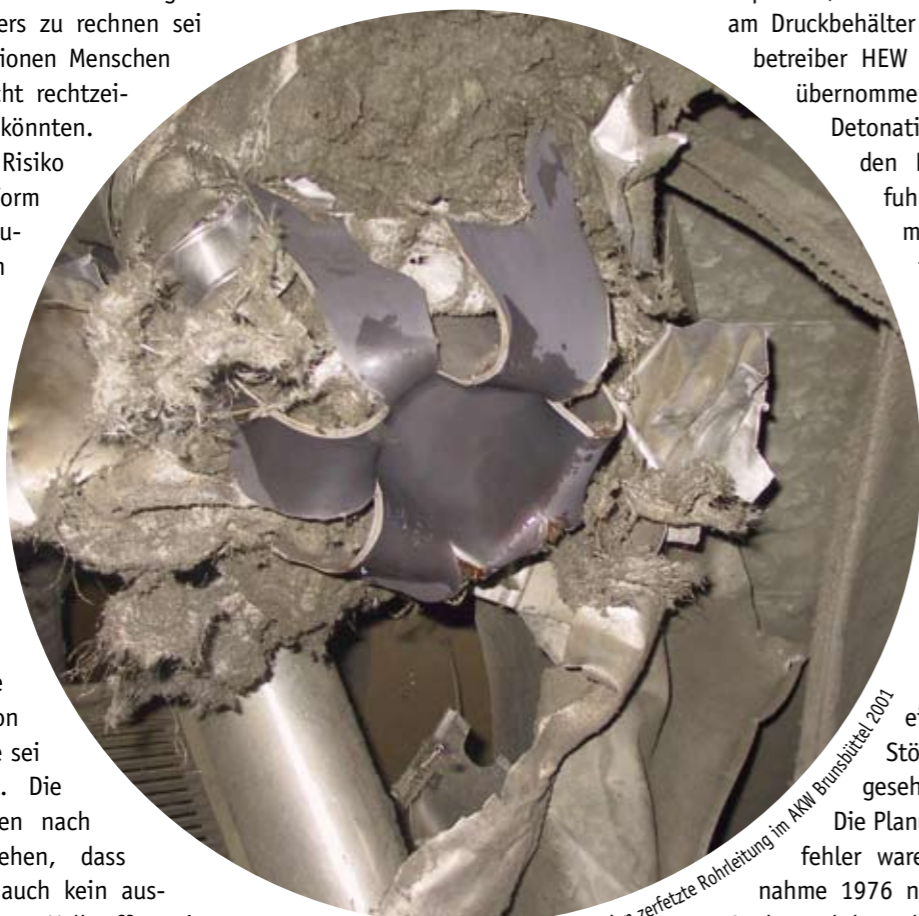
Fortsetzung von Seite 1

Die Behauptung, der große Unfall könne „jeden Tag“ passieren, wird deshalb umso plausibler, je länger die Reaktoren am Netz sind. Selbstverständlich auch die deutschen. Die „Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke – Phase B“ der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) ergab bereits 1989, dass in fast allen Fällen einer Kernschmelze mit einem raschen Versagen des Sicherheitsbehälters zu rechnen sei und in der Folge Millionen Menschen in der Umgebung nicht rechtzeitig evakuiert werden könnten. Seit 2001 kommt ein Risiko hinzu, das in dieser Form vorher nicht einkalkuliert wurde. Laut dem Abschlussbericht der US-Regierung über die Terroranschläge des 11. September 2001 hatten die Angreifer konkret erwogen, eines der Flugzeuge in ein AKW in der Nähe von Manhattan zu steuern und dies nur unterlassen, weil sie – fälschlich – davon ausgingen, die Anlage sei militärisch geschützt. Die AKW-Betreiber mussten nach 9/11 rasch eingestehen, dass kein deutscher (und auch kein ausländischer) Meiler einen Volltreffer mit einem vollgetankten Großraumflugzeug überstehen würde.

Risiken, die jederzeit eintreten können sind das Eine. Reale Stör- und Unfälle das Andere. Mindestens jeden dritten Tag berichtet ein Reaktorbetreiber in Deutschland den zuständigen Behörden über ein „meldepflichtiges Ereignis“, jedes Jahr haben einige dieser „Ereignisse“ das Potenzial, einen schweren Unfall auszulösen. Dazu gehören zweifellos die Fälle, die die GRS in einem so genannten Non-Paper aus dem Januar 2006 unter dem Titel „Wichtige Vorkommnisse in deutschen Kernkraftwerken seit 1986“ aufzählt.

Am 17. Dezember 1987 schrammte das AKW Biblis A an einem schweren Unfall vorbei, als die Reaktorfahrer beim Hochfahren des Reaktors die Anzeige einer geöffneten Absperrung zum Notkühl-

system 17 Stunden lang ignorierten. Als sie ihren Fehler bemerkten, versuchten sie durch kurzfristiges Öffnen eines weiteren Ventils, das „verklemmte“ zu schließen. Der enorme Druck des primären Kühlkreislaufs gelangte so in Leitungen, die dafür nicht ausgelegt waren. Es gelang jedoch noch, das Ventil wieder zu schließen. Die GRS resümierte, es hätte zu einer



Durch Wasserstoffexplosion zerfetzte Rohrleitung im AKW Brunsbüttel 2001

„direkten, nicht absperrbaren Leckage aus dem Primärkreis ... in die Umgebung und daraus resultierend zu einer Kernschmelze mit einem offenen Containment kommen können“. Von dem Ereignis erfuhr die deutsche Öffentlichkeit erst ein Jahr später nach Recherchen des US-Fachblatts „nucelonic week“.

Im April und August 2003 wurde bekannt, dass ebenfalls in Biblis A die Betondecke über dem so genannten Reaktorsumpf und die Sumpfsiebe falsch und abweichend von den Planungsunterlagen ausgeführt worden waren. Dies, so die GRS, hätte bei einem „Kühlmittelverluststörfall“ zu „einem Ausfall der Kühlmittelförderung aus dem Reaktorsumpf in den Reaktorkern und letztlich zu einer Kernschmelze führen können.“

Am 14. Dezember 2001 zerfetzte im AKW Brunsbüttel eine Wasserstoffexplosion über eine Länge von 2,7 Metern eine Leitung („Deckelsprühleitung“), die unmittelbar in den Reaktorbehälter führte. Lediglich eine Rückschlagklappe am Druckbehälterausgang verhinderte „ein nicht absperrbares Leck des Reaktorkühlkreislaufes“. Die Klappe überstand die Explosion, weil diese nicht unmittelbar am Druckbehälter erfolgte. Der Reaktorbetreiber HEW (später von Vattenfall übernommen) „interpretierte“ die Detonation als Leck, sperrte den Rohrabschnitt ab und fuhr den Reaktor über mehr als einen Monat im Volllastbetrieb weiter. Erst nachdem die Aufsichtsbehörden mit Zwangsabschalt drohten, wurde der Unfall untersucht.

Nur Monate später, im Frühjahr 2002, offenbarten Tests mit einem neuen Simulator, dass das Notstromsystem des AKW Brunsbüttel eine ganze Reihe von Störfällen nicht wie vorgesehen beherrschen würde.

Die Planungs- und Umsetzungsfehler waren seit der Inbetriebnahme 1976 niemandem aufgefallen. Auch nachdem der Zustand hergestellt war, auf dem die Betriebsgenehmigung basierte, bescheinigte die Reaktorsicherheitskommission dem Notstromsystem massive Defizite. Im März 2003 stellte sie fest, dass selbst mit dem Totalaustausch des defizitären Sicherheitsleitsystems gegen ein modernes „kein Sicherheitsgewinn verbunden ist, da dies die Defizite im ... Aufbau der Notstromversorgung nicht ausgleicht“. Die Sicherheitsdefizite, von denen die Öffentlichkeit erst im Sommer 2006 nach Recherchen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) erfuhr, hätten laut GRS bei Störfällen „zu hohen Unverfügbarkeiten im Sicherheitssystem führen können und so die Beherrschung der Ereignisse gefährdet“.

Gerd Rosenkranz

Der Autor ist „Leiter Politik und Presse“ bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH)

„Plötzlich findet man alles Mögliche“

Christian Küppers, Atomexperte beim Öko-Institut Darmstadt, über das Glück langer Reaktor-Stillstände und die praktischen Probleme bei der Kontrolle von Atomkraftwerken

Herr Küppers, am 28.6.2007 kam es binnen weniger Stunden zu Notabschaltungen der AKW Brunsbüttel und Krümmel. Knapp zwei Jahre später sind beide Reaktoren noch immer nicht wieder am Netz. Warum?

CHRISTIAN KÜPPERS, ÖKO-INSTITUT: Erstens hat man in Krümmel länger für die Aufarbeitung des Unfalls gebraucht, weil noch viele Folgeprobleme zutage getreten sind: Probleme der Kommunikation auf der Warte etwa oder Probleme von Schaltungen und Lüftungsanlagen. Das hat dann zu recht umfangreichen Prüfungen geführt. Zweitens hat es in der Vergangenheit schon häufiger den Effekt gegeben, dass, wenn eine Anlage erst einmal länger stillsteht, zusätzliche Prüfungen vorgenommen werden, zu denen sonst wenig Gelegenheit besteht. Während des Betriebs kann man zum Beispiel Untersuchungen auf Rissbildungen nur an wenigen Komponenten vornehmen. Und eine Revision dauert normalerweise nur wenige Wochen, da schafft man auch nur ein bestimmtes Programm. Wenn man länger Zeit hat, kann man mehr Untersuchungen vornehmen – und findet dann plötzlich alles Mögliche.

In Krümmel und Brunsbüttel etwa defekte Brennelemente, Risse in Schweißnähten an Rohrleitungen, ein Motordefekt an einer Kühlwasser-Pumpe, Korrosionsschäden an Ventilen – alles Dinge, die sonst gar nicht aufgefallen wären?

Tja ... wahrscheinlich nicht oder zumindest nicht so bald.

Die unfallbedingten Stillstände in Brunsbüttel und Krümmel waren also eine gute Gelegenheit, um auch andere Mängel aufzudecken?

Ja. Und das ist nicht zum ersten Mal so. In den 90-er-Jahren etwa, als das AKW Krümmel schon einmal längere Zeit stillstand, fand man ebenfalls Risse.

Wie hoch ist das Sicherheitsrisiko solcher Mängel?

Wenn Risse in sicherheitsrelevanten Systemen auftreten, was oft der Fall ist, dann besteht prinzipiell auch ein Sicherheitsrisiko. Der Streit geht oft darum: Sind sie schon bei der Herstellung entstanden, hat man sie nie entdeckt, sind sie nie größer geworden – oder sind Belastungen im Betrieb die Ursache, die man vielleicht sogar so gar nicht vorhergesehen hat. Das ist dann der schlimmere Fall, denn dann werden die Risse zunehmen und auch an anderen Stellen auftreten. Oft bleibt die genaue Ursache aber unklar.

Wenn man in einem AKW Risse findet – müsste man dann nicht auch in den anderen AKW danach suchen?

Ja, im Prinzip ist das auch ein gängiges Verfahren. Man hat aber natürlich das Problem, dass man, wie gesagt, solche Prüfungen in vielen Fällen nur bei stillstehenden Anlagen machen kann. Und die Behörden verlangen normalerweise nicht, wegen eines Problems, das in einer Anlage aufgetreten ist, gleich die anderen AKW auch alle für die entsprechenden Prüfungen abzuschalten.

Die Stromkonzerne, nicht zuletzt Vattenfall, der Betreiber von Brunsbüttel und Krümmel, behaupten stets, ihre AKW seien sicher und auf aktuellem Stand. Wie passt das zusammen?

Es gibt kein AKW in Deutschland, das heute noch als Neuanlage genehmigt werden könnte. Das Problem ist schon immer gewesen, dass an existierende Anlagen andere Anforderungen gestellt wurden als an Anlagen, die man neu bauen würde. Es gibt zum einen technologische Fortschritte, da wird dann oft versucht, das durch Nachrüstungen zu kompensieren. Das gelingt aber nicht vollständig. Ein Atomkraftwerk mit einem dünnen Containment kann man eben nicht nach-

Christian Küppers ist Stellvertretender Bereichsleiter des Fachbereichs Nukleartechnik & Anlagensicherheit im Öko-Institut Darmstadt.



träglich gegen Flugzeugabstürze auslegen. Man kann die Anlagen nicht auf dem heute für Neuanlagen geforderten Stand halten oder sie auf diesen bringen.

Welche Rolle spielt das Alter der AKW?

Auch bei Atomkraftwerken treten Alterungseffekte auf. Das können zum einen Rissbildungen sein, Materialermüdung. Zum anderen kann auch ein ganz normaler Austausch von Bauteilen Fehler verursachen.

Wie das?

Man stellt etwa fest, dass es auszutauschende Teile baugleich heute nicht mehr gibt. Deswegen nimmt man kleine Änderungen vor. Man muss sich aber fragen: Klappt jetzt das Zusammenspiel in dieser neuen Variante der Anlage tatsächlich so, wie man sich das vorstellt, oder eben nicht? Es ist eben nicht immer leicht, nachzuvollziehen, warum irgendetwas vor 30 Jahren mal in der Art und Weise gebaut worden ist. Wer da Dinge ändert, ohne genau zu wissen, was der Hintergrund gewesen ist, kann damit auch folgenschwere Fehler begehen.

Vor 30 Jahren kam es im US-Atomkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg zu einer partiellen Kernschmelze, von 23 Jahren explodierte das ukrainische AKW Tschernobyl. Sind solche Unfälle auch in Deutschland denkbar?

Nicht mit genau dem Unfallablauf wie in Tschernobyl, weil das ein ganz anderer Reaktortyp gewesen ist. Aber Unfälle mit Freisetzung radioaktiver Stoffe, sogar in noch größerem Umfang als in Tschernobyl, sind jederzeit auch in deutschen Anlagen möglich. **Interview: A. Simon**

Harrisburg, Tschernobyl

Zwei Unfälle und kein Ende

Kernschmelzunfälle in AKW sind keine Fiktion: 30 Jahre ist es her, dass der Osten der USA nur knapp dem Super-GAU entging, die Reaktorexpllosion von Tschernobyl, 1986, brachte Leid und Tod über Hunderttausende. Die Folgen beider Unfälle reichen bis heute.

Gegen Mitternacht des 27./28. März 1979 schließt ein Arbeiter in Block 2 des Atomkraftwerks „Three Mile Island“ (TMI) im US-Bundesstaat Pennsylvania nahe der Stadt Harrisburg einen Druckluftschlauch falsch an. Vier Stunden später schalten sich deswegen zwei Pumpen des Hauptkühlkreislaufs ab – der Beginn des bis dahin folgenschwersten Unfalls in einem zivilen AKW. Brennelemente schmelzen, radioaktiver Dampf wird frei, Knallgas, das sich im Reaktor gebildet hat, droht zu explodieren. Der Gouverneur ordnet die Evakuierung von Kindern und Schwangeren an, Hunderttausend Menschen fliehen. Fünf Tage dauert es, bis die Explosionsgefahr gebannt ist. Die US-Reaktorkontrollkommission stellt später fest: Wenn ein zwei Stunden lang unbemerkt offen stehendes Ventil nur 30 bis 60 Minuten später entdeckt worden wäre, dann wären die Brennelemente wohl nicht nur zur Hälfte, sondern komplett geschmolzen – der Super-GAU wäre schon 1979 passiert, in einem gerade drei Monate alten AKW zwei Fahrstunden von Washington DC entfernt.

Bis heute ist unklar, welche Mengen an radioaktiven Stoffen in Harrisburg in die Umgebung gelangten. Offizielle Stellen bestreiten jede gesundheitliche Auswirkung des Unfalls mit Ausnahme von Stressreaktionen. AnwohnerInnen berichteten dagegen von Haarausfall, Erbrechen, Durchfall, Hautrötungen, Tod von Haus- und Nutztieren, Mutationen bei Kälbern und Pflanzen nach dem Unfall; Studien zeigen ein Ansteigen der Krebserkrankungen.

In Deutschland kommt es am 31. März 1979 in Hannover zur mit über 100.000 Teilnehmern größten Anti-Atom-Demonstration. Der energiepolitische Sprecher



Harrisburg, ein Jahr danach: Auf dem Weg zur Kernschmelze. Foto: dpa

der SPD-Bundestagsfraktion räumt ein: „Durch den Fall Harrisburg hat sich die Behauptung, Kernkraftwerke seien nahezu absolut sicher und das Restrisiko bei Kernkraftwerken sei zu vernachlässigen, in dramatischer Weise als falsch erwiesen.“ In den USA wurde seit Harrisburg kein Bau eines AKW mehr begonnen.

„Durch den Fall Harrisburg hat sich die Behauptung, Kernkraftwerke seien nahezu absolut sicher und das Restrisiko bei Kernkraftwerken sei zu vernachlässigen, in dramatischer Weise als falsch erwiesen.“

Sieben Jahre nach Harrisburg, am 26. April 1986, kann die Katastrophe nicht mehr abgewendet werden. In Block 4 des ukrainischen AKW Tschernobyl, an der Grenze zu Weißrussland gelegen, kommt es bei einem falsch durchgeführten Sicherheitstest zu einer unkontrollierten Kettenreaktion. Der

Reaktor explodiert, schleudert elf Tage lang große Mengen radioaktiven Materials hoch in die Atmosphäre, wo sie der Wind über ganz Europa verteilt. Mehr als 350.000 Menschen müssen binnen weniger Tage ihre Heimat verlassen, gut ebenso viele leben weiterhin in Regionen „strikter Kontrolle“. Zur tatsächlichen Zahl der Krebs- und anderer Erkrankungen gibt es keine offiziellen Angaben, die Weltgesundheitsorganisation spricht von 9.000 Toten durch Tschernobyl. Dagegen stehen Zahlen aus der Ukraine: Dort erhielten vor drei Jahren noch 17.000 Familien staatliche Unterstützung, weil der Vater als „Liquidator“ gestorben ist, 107.000 ukrainische „Liquidatoren“ bekommen Frühinvaliden-Rente. Selbst in Deutschland, 1.000 Kilometer entfernt, sind Wild und Beeren noch heute zum Teil stark mit radioaktivem Cäsium belastet und nicht zum Verzehr geeignet. A. Simon

Atomkraftwerke machen Kinder krank

Die KiKK-Studie belegt einen lange gehegten Verdacht

Je näher ein Kind am AKW wohnt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es an Krebs erkrankt. Das ist das Ergebnis der weltweit aufwendigsten Untersuchung zum Thema, der so genannten KiKK-Studie. Die sollte einem von Kinderärzten seit langem geäußerte Verdacht nachgehen: Führen radioaktive Emissionen aus dem Normalbetrieb von AKWs zu erhöhten Krebsraten bei Kleinkindern?

Die Antwort lautet Ja. Die Erkrankungswahrscheinlichkeit steigt im 5-Kilometer-Umkreis um 60 Prozent bei allen Krebserkrankungen, bei Leukämien sogar um 120 Prozent. Signifikant erhöhte Krebsraten lassen sich noch im Umkreis von 50 Kilometern um ein AKW nachweisen.

In Auftrag gegeben hatte die Studie das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), durchgeführt wurde sie vom Mainzer Kinderkrebsregister. Das Studiendesign wurde mit einem hochkarätigen ExpertInnengremium abgestimmt, in dem ausgewiesene KritikerInnen von Atomkraftwerken ebenso vertreten waren wie ExpertInnen mit einem eher industriefreundlichen Ruf. Um eine eventuelle Fehlinterpretation der Daten auszuschließen, untersuchte ein zweiter Studienteil, ob andere mögliche Risikofaktoren wie Rauchen oder die Benut-

zung von Insektiziden im Haushalt das Ergebnis der Studie beeinflusst haben könnten. Dies war jedoch nicht der Fall. Auch dass die radioaktiven Emissionen nur eines einzigen AKWs das Gesamtergebnis der Studie statistisch verzerrt hätten, konnten die WissenschaftlerInnen ausschließen.

Alle Indizien deuten darauf hin, dass die radioaktiven Emissionen, welche die AKW bekannterweise auch im Normalbetrieb abgeben, Ursache der Krebserkrankungen sind. So steigen in der Umgebung von Atomkraftwerken gerade die Fallzahlen der besonders „strahlengeneigten“ Krebsart Leukämie überproportional an. Außerdem nimmt das Erkrankungsrisiko mit der Entfernung zum AKW ab – was tendenziell auch auf die Strahlenbelastung zutrifft. Es ist kein anderer krebsauslösender Stoff bekannt, der mit der beobachteten Fernwirkung von AKWs abgegeben wird.

Trotz der alarmierenden Erkenntnisse sehen Atomkraftwerksbetreiber und Aufsichtsbehörden keinen akuten Handlungsbedarf. Die Stromkonzerne beteuern bisher, die Abgabe radioaktiver Substanzen aus den deutschen AKW werde korrekt gemessen und gemeldet. Trifft diese Behauptung zu, so gibt es nur zwei Erklärungen für die Studienergebnisse:

Entweder stimmen die bisher gültigen Rechenmodelle zur Ermittlung der Strahlenbelastung der AnwohnerInnen durch radioaktive Emissionen nicht. Oder die biologische Wirkung der radioaktiven Partikel im Körper wird, zumindest für kleine Kinder und Embryos, stark unterschätzt. Denkbar ist allerdings auch, dass es, anders als von den AKW-Betreibern behauptet, im Normalbetrieb der AKW regelmäßig zu radioaktiven Emissionen kommt, die nicht offiziell gemeldet oder schlicht nicht gemessen werden.

Eine Umkehr der Beweislast ist überfällig. Der bisherige Modus der Emissionsmessungen und -meldungen gehört auf den Prüfstand. Es gibt inzwischen zahlreiche wissenschaftliche Belege dafür, dass die bisherigen Annahmen zum Strahlenrisiko falsch und die daraus abgeleiteten Genehmigungswerte für radioaktive Abgaben zu hoch sind. Die Grenzwerte müssen kritisch überprüft und an den aktuellen internationalen Forschungsstand angepasst werden. Niemand kann derzeit ausschließen, dass auch für ungeborene Kinder, ältere Kinder und für Erwachsene erhöhte Krebsrisiken in der Umgebung von AKWs bestehen. Eine systematische Untersuchung nach Art der KiKK-Studie steht für diese Altersgruppen noch aus. *Quelle: IPPNW*

Gute Argumente

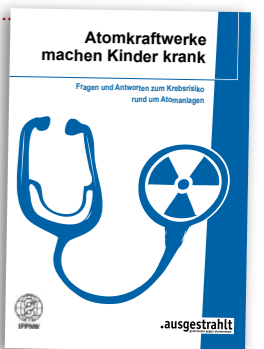
Die handlichen .ausgestrahl-Broschüren im A6-Format mit wichtigen Argumenten in der aktuellen Atom-Debatte eignen sich gut, um Mitmenschen aufzuklären und zu überzeugen. Du kannst sie – auch in großer Zahl mit dem Rückmeldebogen auf Seite 15 oder im Webshop auf www.ausgestrahl.de bestellen.



Jetzt neu:

Atomkraftwerke machen Kinder krank
Fragen und Antworten zum Krebsrisiko rund um Atomanlagen

Wenn von den Gefahren durch Atomkraftwerke die Rede ist, denken die meisten Menschen an die großen Unfälle wie Harrisburg oder Tschernobyl. Eher weniger bekannt ist, wie gefährlich bereits der alltägliche „Normalbetrieb“ mit seinen „erlaubten Emissionen“ ist. Je näher Kleinkinder an einem AKW leben, desto höher ist ihr Risiko, an Krebs zu erkranken. In der druckfrischen Broschüre hat .ausgestrahl gemeinsam mit der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW alle wesentlichen Fakten zusammengetragen und leicht verständlich aufbereitet.



Anti-Atom-Kurzmeldungen

Marsch für eine Zukunft ohne Atomkraft

Ein internationaler Friedensmarsch für eine Zukunft ohne Atomkraft startet am 26. April, dem 23. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, vor der Weltgesundheitsorganisation WHO in Genf. Ziel ist, am 16. Juli 2009, das NATO-Hauptquartier in Brüssel. Die Route führt durch die Schweiz, Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Belgien, durch Orte, die von der Atomindustrie betroffen sind. Der Marsch will die fatalen Auswirkungen der Atomindustrie auf der ganzen Welt aufzeigen und das Bewusstsein für regenerative Energien und einen nachhaltigen Lebensstil fördern. Wer mitmarschieren will, auch etappenweise, oder nachsehen will, ob der Marsch vor der eigenen Haustür vorbeikommt:

➔ footprintsforpeace.tripod.com

Gammelstahl

Als Mitte Februar öffentlich wurde, dass seit Monaten in der ganzen Republik radioaktiv belastete Stahlteile auftauchen, war die Aufregung groß. In Stahlseilen, Ventildeckeln, Maschinen- oder Gussteilen, ja sogar in Aufzugknöpfen steckt strahlendes Kobalt-60. Der verunreinigte Stahl soll angeblich aus Indien stammen. Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW hatte schon 2001, als die rot-grüne Bundesregierung die Strahlenschutzverordnung novellierte, gewarnt: „Radioaktive Metalle können recycelt künftig in vielen Produkten des täglichen Lebens auftauchen. (...) Und wer kann garantieren, es käme niemals vor, dass bei den Freimessungen von leicht verstrahlten Materialien nicht ab und zu aus Versehen mal die festgelegten Grenzwerte überschritten werden?“ Rot-grün hatte die zulässige jährliche Dosisbelastung eines normalen Menschen von zuvor 0,6 auf nun 1 Millisievert erhöht.



Kleber für Barati-Fischer

Frage an Minu Barati-Fischer, Filmproduzentin und Ehefrau von Joschka Fischer im Interview mit der Online-Ausgabe der „Welt“: „Gab's mal eine alternative Phase?“ Ihre Antwort: „Es gab einen Atomkraft-Nein-danke-Aufkleber auf dem Kühlschrank meiner Eltern. Würde ich auch sofort wieder auf meinen kleben. Gibt's die eigentlich noch?“ .ausgestrahlt hat keine Kosten und Mühen gescheut und ihr sofort einen geschickt.

„Frau der Woche“: Albena Simeonova

Die Internet-Ausgabe der Zeitschrift „Brigitte“ hat Mitte Februar die bulgarische Biobäuerin Albena Simeonova zur „Frau der Woche“ gekürt. Als eine der schärfsten Kritikerinnen des AKW-Projekts Belene ist Simeonova Morddrohungen und Anschlägen ausgesetzt. Brigitte schreibt: „Für eine Biobäuerin lebt Simeonova erstaunlich gefährlich. Dass sie dennoch nicht aufgibt, ist mutig - und wichtig. Gerade jetzt, wo die Atomkraft eine unheimliche Renaissance erlebt.“



Atommüll-Skandal in Frankreich

Französische TV-Reporter haben im Februar enthüllt, wo die Atomindustrie die strahlenden Abfälle aus über 200 Uranminen „entsorgt“ hat: In Steinbrüchen, unterirdischen Stollen, auf Feldern und in Seen. Mit einer dünnen Erdschicht notdürftig abgedeckt entstanden darüber Spielplätze, Sportanlagen und Schulen. 300.000 Tonnen Uranreste, leicht bis mittel radioaktiv, sind auf diese Weise in insgesamt 25 Departements verbuddelt worden. Der Umweltminister versprach, die Atommüllkippen binnen eines Jahres zumindest einzuzäunen.

Renaissance einer Pleite

Genau 20 Jahre nach der Stilllegung des störanfälligen Thorium-Hochtemperaturreaktors (THTR) in Hamm-Uentrop steht das Nachfolgeprojekt PBMR in Südafrika vor dem Aus. Zwar pumpete die südafrikanische Regierung während der letzten 12 Jahre eine Milliarde Dollar in das Vorhaben. Technische Probleme jedoch führten zu Verzögerungen, die Kritik an zu laxen Sicherheitsvorkehrungen wuchs. Selbst aus dem Forschungszentrum Jülich, das den THTR vor 40 Jahren entwickelt hatte, kamen kritische Stimmen. Südafrikas Regierung drehte jetzt den Geldhahn zu, sodass der PBMR nicht mehr gebaut werden kann. Die NRW-Landesregierung steckt dessen ungeachtet weiterhin viele Millionen Euro in die Entwicklung dieser Reaktor-Baulinie. ➔ www.reaktorpleite.de

14 Jahre nichts gemerkt

Der Betreiber eines britischen Atomkraftwerks ist zu einer Geldstrafe in Höhe von 250.000 Pfund (283.000 Euro) verurteilt worden. Das Unternehmen Magnox Electric hatte über einen Zeitraum von 14 Jahren hinweg radioaktive Abfälle ins Grundwasser sickern lassen. Die Schadstoffe traten zwischen 1990 und 2004 aus einem Leck in einem Tank des AKW Chelmsford aus, 80 Kilometer nordöstlich von London.

Gericht untersagt geplantes Atommüll-Zwischenlager in Hanau

In Hanau darf kein weiteres Zwischenlager entstehen. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof wies Anfang Februar eine Klage der Nuclear Cargo + Service GmbH ab, deren Bauvorhaben von der Stadt nicht genehmigt worden war. Die Kommune habe mit dem Verbot den Rahmen ihrer „planerischen Gestaltungshoheit“ nicht überschritten, urteilten die Richter.

Schwedens Ausstiegs- und Einstiegsbeschlüsse

Faustregel für schwedische Atom-Beschlüsse: Ihre Umsetzung ist denkbar unwahrscheinlich. 1980 etwa beschlossen die Schweden per Volksabstimmung den Ausstieg. Stattgefunden hat er bis heute nicht. Jetzt hat die Regierung in Stockholm angeblich den Wiedereinstieg verkündet. Doch auch da ist wenig dran. Schwedens Umweltminister Anders Carlgren über den Jubel der hiesigen Atomlobby: „Mein Eindruck ist,

dass da in Deutschland kräftig übertrieben wird.“ Die schwedische Regierung habe nicht gesagt, dass die Atomkraft ausgebaut werden solle. Es gehe nur um die theoretische Möglichkeit, alte durch neue Reaktoren zu ersetzen. Dabei sei sich die Stockholmer Regierung unsicher, Ob es unter Marktbedingungen überhaupt neue Reaktorbauteile geben werde, sei völlig unsicher. Es bleibt also wohl alles beim Alten.

Atomkritisches Monopoly

Eine neue Variante des Spieleklassikers „Monopoly“ gab es auf der Nürnberger Spielwarenmesse zu bestaunen: Statt Häuser und Hotels auf Straßen zu bauen, muss das ganze Spielfeld mit Gebäuden und Fabriken bestückt werden. „Wenn ich ein Wohnviertel baue und nebenan kommt ein Atomkraftwerk hin, sinken natürlich meine Mieteinnahmen“, erläuterte eine Mitarbeiterin der Herstellerfirma Hasbro die taktischen Schwierigkeiten. Haben wir ja schon immer gesagt.

Völlig isoliert

„Jetzt muss auch dem Letzten klar werden, dass wir in Deutschland mit unserer Kernenergieausstiegsposition völlig isoliert sind.“ So sprach Walter Hohlefelder, Präsident des Deutschen Atomforums, nach dem Pro-Atom-Beschluss der schwedischen Regierung. Genau, Herr Hohlefelder – mal abgesehen von Griechenland, Österreich, Irland, Dänemark, Norwegen und Portugal, die keine AKW haben und keine wollen; mal abgesehen von Spanien und Belgien, die einen langfristigen Atomausstieg beschlossen haben, und mal abgesehen von Italien und Polen, wo ebenfalls keine Reaktoren stehen und wo die jetzt angekündigten Neubauprojekte angesichts der Finanzkrise immer unwahrscheinlicher werden. Man könnte auch sagen, dass Frankreich und Finnland „völlig isoliert“ sind – weil sie als einzige Länder in Westeuropa jeweils ein neues AKW bauen.

CDU-WählerInnen sind schlauer als die Partei erlaubt

Greenpeace hat ein Meinungsforschungsinstitut beauftragt herauszufinden, wie die Propaganda der Atomlobby bei den BundesbürgerInnen verfährt. Die Frage „Glauben Sie, dass durch die Beibehaltung des gesetzlich verankerten Atomausstieges in Deutschland die Stromversorgung gefährdet ist?“ beantworteten 59 % mit Nein und nur 27 % mit Ja. Interessant auch das Ergebnis aufgeschlüsselt nach AnhängerInnen einzelner Parteien: CDU/CSU 49% zu 41% für Nein, SPD 62% zu 30% für Nein, FDP 58% zu 38% für Nein.

Schon wieder weniger AKW

Im letzten Rundbrief haben wir gemeldet, dass weltweit noch 438 AKW in Betrieb sind. Inzwischen sind es 436, weil am 31. Jan. zwei Reaktorblöcke im japanischen Hamaoka stillgelegt wurden. Seit zehn Jahren ist von einer angeblichen Renaissance der Atomenergie die Rede. Die Zahl der AKW hat seither von 440 auf 436 abgenommen.

Siemens: Gewinne mit Abriss oder mit Neubau von AKW?

Siemens löst sich aus der Kooperation mit dem französischen Reaktorbauer Areva und will eine neue Partnerschaft mit dem staatlichen russischen Atomkonzern Rosatom eingehen. Man hoffe auf gute Geschäftendurch die angebliche Renaissance der Atomenergie. Die „Süddeutsche Zeitung“ kommentierte: „In den nächsten Jahren werden mehr alte Reaktoren abgeschaltet, als neue gebaut werden.“

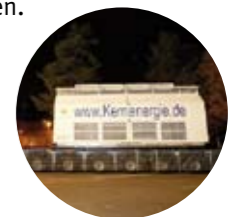
AKW-Stilllegung lässt Neckar zufrieren

Zum ersten Mal seit 1963 ist in diesem Winter der Neckar bei Heidelberg wieder zugefroren. 50 Schiffe steckten fest, ein am Oberrhein stationierter Eisbrecher musste sie befreien. Schuld daran war offenbar das abgeschaltete AKW Obrigheim, das für bis zu zwei Grad wärmeres Flusswasser gesorgt hatte. Wir ahnen schon den nächsten Werbe-Gag der Atomindustrie: Reaktoren als Garanten der freien Schifffahrt ...



AnwohnerInnen können gegen Castor-Transporte klagen

Für verfassungswidrig hat das Bundesverfassungsgericht Ende Januar erklärt, dass einer Frau eine Klage gegen einen Castor-Transport verwehrt worden war, der acht Meter vor ihrem Haus vorbeifahren sollte. Wie nötig es ist, bei solchen Transporten genauer hinzusehen, zeigt ein Urteil aus der Schweiz: Wegen Verstoß gegen Vorschriften für Atommüll-Transporte ist ein Mitarbeiter des Schweizer AKW Beznau zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Bei zwei LKW-Transporten mit schwach radioaktiven Abfällen ins Zwischenlager Würenlingen waren die genehmigten Radioaktivitätswerte überschritten worden.



Der Anteil der Kernkraft an der weltweiten Energieerzeugung wird sinken, nicht steigen. (...) Das heißt nicht, dass Siemens kein Geschäft machen wird. Die Versorgung mit Brennstoff, die Entsorgung atomarer Abfälle, die Digitalisierung der herkömmlichen Leittechnik, all das verspricht in den nächsten Jahren gute Aufträge. Aber eine große, echte Renaissance der Kernkraft, die ist nicht in Sicht.“

Baustopp in Belene

Aktionen in 60 Städten machen erfolgreich Druck auf RWE und Allianz



Dortmund, 6. März, vor dem RWE-Gebäude: „AKW in Erdbebenzone - RWE, das geht gar nicht“

Von Flensburg bis München protestierten in der ersten Märzwoche AtomkraftgegnerInnen in 60 Städten gegen den Bau des Atomkraftwerks Belene in Nordbulgarien. Die Mahnwachen, Demonstrationen und Aktionen richteten sich gegen Deutschlands zweitgrößten Energieversorger RWE, der über 1,5 Milliarden Euro in das Atomkraftwerk an der Donau investieren will. Initiiert hatten die Aktionswoche die Umweltorganisation urgewald und .ausgestrahlt.

Im Ruhrgebiet und Westfalen waren die RWE-Kundenzentren Ziel der Aktionen. In Kommunen wie Essen, Mülheim und Dortmund, die Anteilseigner von RWE sind und deren Oberbürgermeister im RWE-Aufsichtsrat sitzen, fanden die Proteste vor den Rathäusern statt. In Süd- und Norddeutschland konzentrierten sie sich auf die Filialen der Allianz-Versicherung, des größten deutschen Einzelaktionärs bei RWE. Das Motto: „Hoffentlich nicht Allianz versichert ... sonst unterstützen Sie den Bau von Risikoreaktoren.“

Der Protest wirkt: RWE und seine Anteilseigner betonen immer wieder, dass eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen sei. Und auf der AKW-Baustelle im bulgarischen Erdbebengebiet ruhen die Bauarbeiten bis auf Weiteres. Bisher steht dort nicht mehr als ein Besucherzentrum. Der Bau des Reaktorfundaments wird immer wieder vertagt. Denn RWE weigert sich, zugesagte Gelder freizugeben, bevor nicht die bulgarische

Seite ihren Teil der Finanzierung stehen hat. Fünf der veranschlagten sieben Milliarden Euro Baukosten fehlen noch. Da spielen Weltfinanzkrise und die Tatsache, dass RWE mit seinem Belene-Abenteuer durch unsere Aktionen im Blick der Öffentlichkeit steht, wunderbar zusammen. Natürlich reicht eine Aktionswoche alleine nicht aus, um RWE zum Rückzug aus diesem Projekt zu zwingen, doch setzt sie wichtige Zeichen – sowohl für den Konzern selbst, als auch für andere. Der Druck auf den Allianz-Konzern etwa wird auch von Banken und Investoren



München, 2. März: Besuch bei der Allianz-Zentrale

aufmerksam verfolgt und macht ihnen deutlich, dass auch sie mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben, wenn sie es wagen, Finanzmittel für Belene bereitzustellen. Und ohne externe Finanzmittel ist der AKW-Neubau Belene nicht zu realisieren.

„Die Aktionswoche ist nur der Auftakt für eine breite Kampagne“, kündigte Heffa Schücking von urgewald an. Schließlich sehe sich RWE-Chef Großmann als „Ritter einer atomaren Renaissance“ und habe den Bau von sieben neuen Atomkraftwerken angekündigt. Schücking: „Die RWE-Manager und Anteilseigner müssen erkennen, dass dieser aggressive Atomkurs mit einem hohen Preis verbunden ist – nämlich Kunden- und Reputationsverlust.“

Die RWE-Hauptversammlung mit rund 5.000 AktionärInnen findet dieses Jahr am 22. April statt, nur vier Tage vor dem Tschernobyl-Jahrestag. Wir laden schon jetzt alle, die Zeit haben, herzlich zu einer Protestaktion ein: 22. April 2009, zwischen 8:00 Uhr und 10:30 Uhr, vor der Essener Gruga-Halle. Mehr auf www.ausgestrahlt.de



Berlin, 4. Februar: Atomforum umzingelt. Foto: Jakob Huber

Berlin, 4. Februar:

Atomforum umzingelt!

Die Berliner OrganisatorInnen der Proteste gegen die alljährliche Wintertagung des Deutschen Atomforums waren zuerst skeptisch, als sie von unserer Idee hörten. Denn um das Tagungshotel tatsächlich mit einer Menschenkette zu umzingeln, brauchte es mindestens 1.000 DemonstrantInnen – und in den Jahren zuvor hatten sich je nur 60 bis 200 Aktive an den Protesten beteiligt.

Doch es ist gelungen: Die Kooperation zwischen .ausgestrahlt, compact und niXatom aus Berlin brachte 1.500 Menschen auf die Straße, zu einer lauten, bunten, leuchtenden Aktion, die allen Beteiligten Lust auf mehr Protest

in diesem Jahr gemacht hat. Dazu beigetragen haben sicherlich auch die überall in Berlin-Mitte über zehn Tage auf Großplakaten und im Berliner U-Bahn-Fernsehen zur Schau gestellten besten Anti-Atom-Slogans aus dem Internet-Voting von compact und .ausgestrahlt.

Die Redner auf der Wintertagung des Atomforums zeigten sich durchaus beeindruckt vom lautstarken Protest vor der Tür.

Ihre Einschätzung: Dieses Jahr kommt noch Einiges auf die Atomlobby zu. Dem können wir nur zustimmen.



Braunschweig, 26. Februar. Foto: AG Schacht Konrad

Braunschweig / Asse / Schacht Konrad, 26. Februar:

15.000 bringen Licht ins Dunkel

Diesmal war es genau umgekehrt wie bei der Atomforums-Aktion: Wir aus dem .ausgestrahlt-Team waren extrem skeptisch, als wir von den Plänen der Initiativen in der Region um das marode und das geplante Atommülllager Asse und Schacht Konrad hörten, an einem Abend

mitten in der Woche eine 52 Kilometer lange Lichterkette gegen die Atommüllpolitik der Bundesregierung zu bilden. Aber das Vorhaben gewann eine unglaubliche Eigendynamik: Sportvereine, Kindergärten, Ortsgruppen von Parteien (bis hin zur CDU), Belegschaften von Be-

trieben und ganze Dorfgemeinschaften beteiligten sich an der Aktion unter dem Motto „Wir bringen Licht ins Dunkel“. Insgesamt 15.000 Menschen formten bei stürmischem nasskaltem Wetter ein Lichterband von Braunschweig über die Asse bis zum Schacht Konrad in Salzgitter.

Einstürzende Salzbauten

Der Atommüll, der Minister und die Brennstoffsteuer



Erst verabschiedet die SPD ein Gesetz, wonach allein die Allgemeinheit für die Sanierung der Atommüllkippe „Asse II“ aufkommen sollen. Dann hat ihr Umweltminister eine gute Idee: Er fordert eine Kostenbeteiligung der Atomkonzerne.

Auf Salz, das haben wir in den vergangenen Monaten gelernt, ist nicht unbedingt Verlass. Ein bisschen Druck von hier, ein bisschen Feuchte von da, schon gibt es nach, weicht auf, stürzt ein.

„**Jahrtausende sicher**“ sei der Salzstock Asse, schworen die Experten, ein Wassereintritt in das Bergwerk „hypothetisch“. Begeistert kipten die Betreiber von Atomanlagen ihren Strahlmüll in die Stollen. Gegen die 2,5 Milliarden Euro, die das Bundesamt für Strahlenschutz für die „Sanierung“ der lecken, einsturzgefährdeten und von Wasser umspülten radioaktiven Altlast veranschlagt, waren die 8,44 Millionen Euro, die die Stromkonzerne einst für die Nutzung der Asse zahlten, ein echtes Schnäppchen.

Doch halt! Gilt nicht laut Atomgesetz das Verursacherprinzip? Steht da nicht, dass für „die Errichtung, die Erweiterung und die Erneuerung von Anlagen“ zur Endlagerung „Beiträge“ zu entrichten sind, und zwar von allen, die von diesen Anlagen profitier(t)en?

Steht da schon. Aber auf solche Regeln, das mussten wir jetzt lernen, ist auch nicht unbedingt Verlass. Ein bisschen Druck von hier, ein bisschen Druck von da, schon schleicht sich ein unscheinbarer Satz ins Atomgesetz: „Die Kosten für den Weiterbetrieb und die Stilllegung trägt der Bund.“ Beantragt haben diese „Klarstellung“ in puncto Asse Anfang des Jahres die Fraktionen von CDU/CSU und SPD. „90 Prozent des Mülls in der Asse kommen aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe“, behaupten sie am 28. Januar im Umweltausschuss. Ein klarer Fall von Desinformation: Der Großteil dieses Abfalls stammt aus der zum Kernforschungszentrum zählenden Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe – und in der haben die AKW-Betreiber viele Jahre ihre abgebrannten Brennelemente „entsorgt“. Grüne und Linke protestieren, zitieren die Inventarliste der Asse aus dem Jahr 2002. Daraus geht hervor: Für drei Viertel (74 Prozent) der Radioaktivität in dem maroden Salzbergwerk sind die vier Atomkonzerne EnBW, Eon, RWE und Vattenfall verantwortlich.

.ausgestrahlt macht diese Zahlen öffentlich (www.ausgestrahlt.de/atom/asse-info). Binnen 55 Stunden protestieren mehr als 3.100 Menschen per E-Mail bei den Regierungsfractionen gegen den dreisten Versuch, der Allgemeinheit die von den Atomkonzernen verursachten Sanierungskosten aufzubürden. Dessen ungeachtet rechtfertigt der Parlamentarische Staatssekretär im Umweltministerium, Michael Müller (SPD), die absurde Ausnahmeregelung in der Bundestagsdebatte am 30. Januar erneut mit irreführenden Zahlen: „Über 90 Prozent der eingelagerten radioaktiven Materialien stammen aus öffentlichen Einrichtungen, insbesondere aus Forschungseinrichtungen. Daraus ergibt sich auch die Verteilung der Kosten.“ Mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP wird die explizite, alleinige Verantwortung des Bundes für die Asse-

Sanierungskosten Gesetz. Den protestierenden BürgerInnen teilt die SPD-Fraktion lapidar mit: „Eine Kostentragung (...) durch die öffentliche Hand ist (...) verursachergerecht.“

Genau drei Wochen später, am 20. Februar, hat Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) einen Auftritt in Remlingen. Es geht um die Asse, gleich nebenan. „Hier ist versucht worden, billige Entsorgung zu organisieren, und der Staat hat mitgemacht“, empört sich der Minister. Es sei „den Steuerzahlern nicht zuzumuten, die Kosten allein zu tragen“.

Nein, kein Witz! Gabriel, dessen Partei eben ins Atomgesetz geschrieben hat, dass für die Asse allein der Staat zu zahlen hat, übt sich nun in Drohgebärden: „Wenn sich die Atomwirtschaft an den Sanierungskosten in Milliardenhöhe nicht freiwillig beteiligt, wird eine neue SPD-geführte Bundesregierung nach der Wahl eine Brennstoffsteuer auf Uran erheben.“

Das Medienecho ist enorm. Das Deutsche Atomforum reagiert gereizt. Lediglich 20 Prozent des Mülls in der Asse stammten aus Atomkraftwerken, insistiert man hier. Am 11. März, fünf Wochen nach der Atomgesetzänderung, verbreitet das Bundespresseamt eine Erklärung von Gabriel. Der wiederholt seine Forderung nach einer AKW-Brennstoffsteuer – weil schließlich „74 Prozent des radioaktiven Inventars in der Asse direkt oder indirekt den Kernkraftwerken zugeordnet werden können“ ... *Armin Simon*

Sanierungskosten Gesetz. Den protestierenden BürgerInnen teilt die SPD-Fraktion lapidar mit: „Eine Kostentragung (...) durch die öffentliche Hand ist (...) verursachergerecht.“

Genau drei Wochen später, am 20. Februar, hat Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) einen Auftritt in Remlingen. Es geht um die Asse, gleich nebenan. „Hier ist versucht worden, billige Entsorgung zu organisieren, und der Staat hat mitgemacht“, empört sich der Minister. Es sei „den Steuerzahlern nicht zuzumuten, die Kosten allein zu tragen“.

Nein, kein Witz! Gabriel, dessen Partei eben ins Atomgesetz geschrieben hat, dass für die Asse allein der Staat zu zahlen hat, übt sich nun in Drohgebärden: „Wenn sich die Atomwirtschaft an den Sanierungskosten in Milliardenhöhe nicht freiwillig beteiligt, wird eine neue SPD-geführte Bundesregierung nach der Wahl eine Brennstoffsteuer auf Uran erheben.“

Das Medienecho ist enorm. Das Deutsche Atomforum reagiert gereizt. Lediglich 20 Prozent des Mülls in der Asse stammten aus Atomkraftwerken, insistiert man hier. Am 11. März, fünf Wochen nach der Atomgesetzänderung, verbreitet das Bundespresseamt eine Erklärung von Gabriel. Der wiederholt seine Forderung nach einer AKW-Brennstoffsteuer – weil schließlich „74 Prozent des radioaktiven Inventars in der Asse direkt oder indirekt den Kernkraftwerken zugeordnet werden können“ ... *Armin Simon*

Endlagerdesaster ohne Ende

Bundesregierung will auf doppelte geologische Barriere für ein Endlager verzichten

9 Milliarden Dollar haben die USA bisher in den Bau eines atomaren Endlagers Yucca Mountain investiert, trotzdem hat der neue US-Präsident Barack Obama das Projekt jetzt auf Eis gelegt. Damit löst er sein Wahlversprechen ein, eine neue Strategie der nuklearen Entsorgung zu entwerfen. Das Projekt, 100 Meilen nordwestlich von Las Vegas, befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem Atomtestgelände. Diese Nähe und nicht die geologischen Qualitäten führten ursprünglich zur Standortwahl. Nach bisherigen Planungen sollte im vulkanischen Tuffgestein der Bergkette von Yucca Mountain hochradioaktiver Atommüll 200 bis 425 Meter unter der Oberfläche eingelagert werden. Geologen warnen davor: das Gebiet ist erdbebengefährdet.

Mit lediglich 1,5 Milliarden Euro schlug der Ausbau des Endlagerbergwerks in Gorleben bisher zu Buche – relativ wenig, verglichen mit dem US-Projekt. Wie in den USA führten auch in Gorleben vor 30 Jahren sachfremde Kriterien zur Auswahl des Endlagerstandorts: dort war es das nahe Atomtestgelände, hier war das Endlager Teil des geplanten „Nuklearen Entsorgungszentrums“ mit dem Herzstück einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), und das sollte ins CDU-treue, wirtschaftsschwache Zonenrandgebiet – Fragen der geologischen Sicherheit spielten da eine untergeordnete Rolle. Die Gorlebener WAA wurde bereits 1979 aufgegeben. Die Aufgabe des Endlagerprojekts in Gorleben ist überfällig.

Das seit dem Jahr 2000 geltende Ausbau-Moratorium für die Endlagerbaustelle in Gorleben wäre ohne erhebliche geologische Zweifel nie verabredet worden. Denn Laugenzuflüsse – nicht in dem Umfang wie in der Asse II – gab es auch in Gorleben: 260.000 Liter wurden dort bisher aufgefangen. Das Abteufen der beiden Schächte Anfang bis Mitte der 90er Jahre war von permanenten Zuflüssen geprägt. Beide Schächte wurden im Gefrierverfahren in die Tiefe getrieben.

In der sogenannten „Topfrisszone“, dem Bereich zwischen Schacht und Frostkörper, flossen immer wieder Wasser zu. Die Bauarbeiten mussten in rund 320 Meter Tiefe wiederholt ab- bzw. unterbrochen werden, weil der Schacht nass war. Um den Zufluss zu stoppen, wurde Magnesia-zement in den Gebirgsbereich injiziert.

9 Milliarden Dollar haben die USA bisher in den Bau eines atomaren Endlagers Yucca Mountain investiert, trotzdem hat der neue US-Präsident Barack Obama das Projekt jetzt auf Eis gelegt.

Prof. Dr. Klaus Duphorn von der Uni Kiel widersprach seinerzeit den Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), das von einzelnen Rissen sprach. Der Quartärgeologe, der vom Gorleben-Befürworter zum -Gegner mutierte, je länger er sich mit den geologischen Befunden des Salzstocks auseinandersetzte, ging hingegen von einem „Netzwerk von kommunizierenden Röhren“ aus. Die Verbindung nach oben, zum Gipshut und dem darüber liegenden Deckgebirge, sei durch Druckmessungen und die chemische Untersuchung der Lauge nachweisbar.

Verantwortungsvolles Handeln ist nicht gleichbedeutend mit technischer Machbarkeit; es setzt vor allem voraus, dass auf die weitere Nutzung der Atomkraft verzichtet wird.

Zwischen März und Dezember 1996 wurden bei horizontalen Bohrungen in 840 Metern Tiefe Laugennester angebohrt, eines nur 60 Meter entfernt vom Schacht 2. Im Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ sagte Duphorn daraufhin, damit sei „erwiesen, dass der Salzstock nicht geeignet ist, denn nach den anfangs von den Behörden aufgestellten Kriterien müsse wegen Einsturzgefahr der Mindestabstand zu Laugennestern 75 Meter betragen“.

Doch Gorleben ist weiter in der Diskussion. Wenn Ende März das Bundesum-

weltministerium mit einem Expertenkreis über die sogenannten Sicherheitskriterien für Endlager debattierte, dann verbirgt sich dahinter nichts Anderes als das ständige Ringen um den Salzstock Gorleben – selbst dann, wenn das Wort „Gorleben“ in keiner Zeile erscheint. So verzichtet das Ministerium in den Sicherheitskriterien auf die Forderung nach einer doppelten geologischen Barriere (die es in Gorleben nicht gibt). Die Rede ist nur noch von einem „einschlusswirksamen Gebirgsbereich“ als einziger Barriere, die den Einschluss des hochradioaktiven Mülls über eine Million Jahre gewährleisten soll. Angesichts der aktuellen Debatte um Laugenzuflüsse in der Asse II und Gorleben ist das ein Vabanquespiel. Es gibt auch keinen nachvollziehbaren Plan, wie ein solches Lager gegen künftige menschliche Ein- und Zugriffe wirksam geschützt werden kann bzw. wie über diesen atemberaubenden Zeitraum kommunizierbar ist, dass an jenem Ort radioaktiver Müll versenkt wurde.

Wir als Bürgerinitiative fordern deshalb ein offenes, transparentes Standort-Suchverfahren. Das impliziert nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik einen Standortvergleich. Wer diese Prämisse nicht will, offenbart sich schon als Anhänger des Weiter-So in der Atommüllpolitik und hat aus dem Asse-Desaster keine Konsequenz gezogen. Mit unserer Forderung sind wir beim Bundesumweltministerium allerdings abgeblitzt und ziehen deshalb einen Schlussstrich: Wir werden uns an dieser Debatte um die Sicherheitskriterien nicht weiter beteiligen.

Eine weitere, viel entscheidendere Prämisse ist ohnehin nicht eingelöst: Verantwortungsvolles Handeln ist nicht gleichbedeutend mit technischer Machbarkeit; es setzt vor allem voraus, dass auf die weitere Nutzung der Atomkraft verzichtet wird – so schnell wie möglich, am besten sofort.

Wolfgang Ehmke

Der Autor ist Vorstandsmitglied der BI Lüchow-Dannenberg

Raus auf die Straße!

Zum 23. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe gibt es im Norden, Westen und Süden drei zentrale Kundgebungen für die Stilllegung der Atomanlagen

Würden sich die Ereignisse von Tschernobyl in einem dicht besiedelten Land wie der Bundesrepublik wiederholen, dann wären die Folgen noch weitaus dramatischer, als sie es bis heute in der Ukraine und Belarus sind. Ein schwerer Unfall mit massiver Freisetzung von Radioaktivität kann an jedem Tag in jedem AKW passieren.

Westen:
MÜNSTER (Westfalen),
Samstag, 25. April

Unter dem Motto „Tschernobyl mahnt: Keine Renaissance der Atomenergie – Atomanlagen sofort stilllegen!“ beginnt die Demonstration mit einer Auftaktkundgebung um 11 Uhr am Hindenburgplatz vor dem Schloss (im Durchgang zwischen Frauenstraße und Schloss). Danach geht der Demozug durch die Innenstadt zum Prinzipalmarkt zur Abschlusskundgebung gegen 13 Uhr. Zugesagt haben RednerInnen aus der Region und mehreren europäischen Ländern.

Bereits um 10.15 Uhr startet am Hauptbahnhof Münster eine nette Fahrraddemo unter dem Motto „Radeln gegen Atomenergie“ durch die Innenstadt Richtung Hindenburgplatz.

Das wissen auch die Stromkonzerne. Trotzdem wollen sie längere Laufzeiten durchsetzen. Dagegen wehren wir uns! Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände rufen zu drei zentralen Kundgebungen anlässlich des 23. Tschernobyl-Jahrestags auf. In Krümmel, Münster und Neckarwestheim wird die wiedererwachte

Norden:
KRÜMMEL (bei Hamburg),
Sonntag, 26. April

Anti-Atom-Gruppen aus ganz Norddeutschland rufen gemeinsam zu einem bunten Protestnachmittag auf vor dem Atomkraftwerk Krümmel bei Geesthacht an der Elbe, östlich von Hamburg. Von 14 bis 17 Uhr wird es Musik, Kleinkunst, Redebeiträge und mehr am AKW geben. Um 12.30 Uhr starten ein Fahrradkorso sowie Busse am Bahnhof Hamburg-Bergedorf. Am 28. Juni 2007 brannte ein riesiger Transformator auf dem Gelände des AKW Krümmel. Feuer und Rauchgase führten zu Panik auf der Leitwarte. Fatale Fehler in der Reaktorsteuerung waren die Folge. Der „Leukämie-Reaktor“, in dessen Umfeld sich die weltweit größte Häufung von Blutkrebserkrankungen bei Kindern findet, steht seither still. Sein Strom hat ganz offenkundig niemandem gefehlt. Trotzdem will Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Werner Marnette (CDU) das AKW wieder ans Netz bringen.

Anti-Atom-Bewegung für die Stilllegung der Atomanlagen demonstrieren. Deshalb: Macht Euch auf! Organisiert Busse oder Fahrgemeinschaften! Bestellt Flyer und Plakate (Seite 15 in diesem Heft)! Sorgt dafür, dass viele Menschen davon erfahren! Aktuelle Infos zu den drei Veranstaltungen gibt es auf www.ausgestrahlt.de

23 Jahre Tschernobyl
Krümmel bleibt aus!



Süden:
NECKARWESTHEIM (bei Stuttgart),
Sonntag, 26. April

Gedenk- und Protestveranstaltung zum Jahrestag der AKW-Katastrophe ab 14 Uhr am Tor 1 des AKW Neckarwestheim, 30 Kilometer nördlich von Stuttgart, 11 Kilometer südlich vom Heilbronn.

In Neckarwestheim stehen zwei AKW-Blöcke. Block I würde dem „Atomkonsens“ zufolge spätestens Anfang 2010 vom Netz gehen. Betreiber EnBW will jedoch vom jüngeren und größeren Block II Strommen gen auf Block I übertragen, so dass beide Reaktoren bis 2017 laufen könnten. Bis zu einer Entscheidung lässt EnBW Block I mit verminderter Leistung laufen. Vor einem Jahr wurde zudem bekannt, dass beim Bau des Zwischenlagers für 151 Castor-Behälter minderwertiger Beton verbaut wurde.



Foto: Andreas Conradt

Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!

Treck von Gorleben nach Berlin
und bundesweite Anti-Atom-Großdemo
am 5. September 2009



Eigentlich stammt die Überschrift für diesen Beitrag aus dem Repertoire von Fußballfans, die darauf hoffen, dass ihr Verein am Finale um den DFB-Pokal teilnimmt, das traditionell in der Bundeshauptstadt stattfindet. Doch in diesem Jahr gilt sie genauso für AtomkraftgegnerInnen. Denn der 5. September in Berlin wird zur größten und wichtigsten Anti-Atom-Demonstration des Jahres – ein Pflichttermin für alle, die einen wirklichen Atomausstieg durchsetzen wollen.

Schon eine Woche vorher, am 29./30. August, wird sich aus Gorleben ein Traktoren-Treck der wendländischen „Bäuerlichen Notgemeinschaft“ auf den Weg machen, um über die Stationen Asse, Schacht Konrad und Morsleben Richtung

Berlin zu rollen. Schon hier kann jede/r mitfahren, ob mit eigenem Trecker oder anderen interessanten Fahrzeugen. Manche schnelleren Trecker werden auch noch kurzfristig nach Berlin gebracht, damit am 5.9. ein imposanter Zug durch die Hauptstadt rollt.

Doch in Berlin wird nur dann eine runde Sache draus, wenn da nicht nur eine dreistellige Zahl von Landmaschinen durch die Großstadt fährt, sondern Zehntausende zusammenkommen, um drei Wochen vor der Bundestagswahl den Druck in Sachen Atomausstieg deutlich zu steigern. Getragen werden soll die Großdemonstration von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis. Neben den Anti-AKW-Initiativen werden Umwelt- und Naturschutzverbände, voraussichtlich

zudem Gewerkschaften, Kirchen, Jugend- und Sozialorganisationen, Verbände aus der Erneuerbaren-Energien-Branche, Verbraucherschutzorganisationen etc. dabei sein. Auch die atomkritischen Parteien werden sich kurz vor der Wahl die Teilnahme kaum nehmen lassen, müssen aber damit rechnen, dass wir sie an ihren Taten nach der Wahl messen (siehe Seite 14).

Lasst uns gemeinsam die nächsten Monate dazu nutzen, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, mit nach Berlin zu fahren (oder – wenn sie in Berlin wohnen – dort mit auf die Straße zu gehen). Demnächst könnt Ihr bei .ausgestrahlt Flyer, Plakate und weitere Mobilisierungsmaterialien für Berlin bestellen. Schaut einfach ab und zu auf www.ausgestrahlt.de.

Wie kommen möglichst viele Menschen am 5.9. nach Berlin? Einige Anregungen:

- Verabrede Dich schon jetzt mit Menschen aus Deinem Umfeld, in den nächsten Monaten einige Mobilisierungsaktionen für den 5. September zu starten: Zusammen losziehen und Plakate aushängen, Texte und Anzeigen in Zeitschriften und auf Internetseiten veröffentlichen, überall Flyer auslegen, eine örtliche Veranstaltung zur Vorbereitung organisieren, bei Wahlkampfveranstaltungen der Parteien dafür werben, es nicht nur beim Kreuzchen auf dem Wahlzettel zu belassen, sondern selbst aktiv zu werden ...
- Wenn Du Mitglied in Organisationen bist, die zu der Demonstration mit aufrufen können, dann setze Dich dafür ein, dass sie es tun. Mehrere örtliche Organisationen können einen gemeinsamen Aufruf, z.B. „Bielefeld fährt nach Berlin“ machen. Überregionale Organisationen können den (derzeit entstehenden) bundesweiten Aufruf mit unterzeichnen. Erwünschter Nebeneffekt: In vielen Gruppen und Organisationen wird über Atompolitik diskutiert.
- Versuche in Deiner Stadt/Deiner Region eine Organisation zu finden, die einen oder mehrere Busse nach Berlin organisiert, beispielsweise die Ortsgruppe eines großen Umweltverbandes.
- Gehe Dein Adressverzeichnis durch und überlege, wen Du auf die Großdemo am 5. September in Berlin hinweisen willst. Schreibe einen überzeugenden Brief oder eine E-Mail und schicke sie an all diese Leute. Eine solche persönliche Ansprache wirkt viel mehr als ein unpersönlicher Flyer.
- Trage Dich auf www.ausgestrahlt.de in den Newsletter-Verteiler von .ausgestrahlt ein. Dann halten wir Dich in Sachen 5. September auf dem Laufenden.
- Das mit den Spenden muss ich jetzt nicht extra erwähnen, oder? Das Thema kommt eh noch auf Seite 16 dieses Rundbriefes.



Impressum

.ausgestrahlt
Normannenweg 19-21
20537 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt
Nr. 2009306400
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank

Redaktion: Stefan Diefenbach-Trommer, Jochen Stay | **Mitarbeit:** Horst Blume, Andreas Conradt, Wolfgang Ehmke, Jakob Huber, Gerd Rosenkranz, Armin Simon | **Layout:** www.holgermueller.de | **Druck:** Pachnicke, Göttingen | **Vertrieb:** X-tausendmal quer Regionalgruppe Hamburg | **Auflage:** 17.000 | **V.i.S.d.P.:** Jochen Stay, Auf dem Berg 19, 29439 Jeetzel

Abs: .ausgestrahlt
Normannenweg 19-21
20537 Hamburg

Bei Unzustellbarkeit oder Umzug,
bitte Anschriftenberichtigungskarte
an Absender.

Deutsche Post 
INFOPOST

.ausgestrahlt gibt es nur...

...weil sich eine kleine Gruppe von erfahrenen Aktiven aus der Anti-AKW-Bewegung in die Arbeit gestürzt hat. Wir sahen und sehen die riesige Chance, die Entscheidung über die Zukunft der Atomenergie zu beeinflussen, wenn es gelingt, möglichst viele bisher unorganisierte AtomkraftgegnerInnen zu aktivieren. Und der Plan geht auf: Überall regt sich etwas. Die Menschen gehen auf die Straße, gegen das Streben der Stromkonzerne nach Laufzeitverlängerungen und dafür, den Atomausstieg endlich durchzusetzen. .ausgestrahlt sieht sich als Ideengeber, Mutmacher und Serviceleister für alle, die etwas tun wollen.

Das .ausgestrahlt-Team hat sich in die Arbeit gestürzt und in ein finanzielles Risiko. Mit zwei Vollzeit-Stellen, mit dem regelmäßigen Rundbrief, mit Aktions- und Infomaterialien entstehen Monat für Monat eine Menge Kosten. Wir können unsere Arbeit in den nächsten – den entscheidenden! – Monaten nur auf diesem

oder sogar einem höherem Niveau fortsetzen, wenn diese Kosten von möglichst vielen Menschen gemeinsam getragen werden. Derzeit mangelt es uns nicht an guten Ideen, sondern einzig am Geld, um diese Ideen umzusetzen.

...wenn Du dazu beiträgst

Jede und jeder kann etwas beitragen. Mit einer einmaligen großzügigen Spende, mit einer Einzugsermächtigung oder einem Dauerauftrag für regelmäßige Unterstützung (siehe Seite 15) können weitere Rundbriefe gedruckt, weitere Argumente-Broschüren erstellt, Plakate und Flyer für die anstehenden großen Demonstrationen verteilt und die Vorbereitung weiterer Proteste finanziert werden. Ob einmalig fünf oder 1.000 Euro, ob monatlich 100 oder halbjährlich 20 Euro – jeder Betrag hilft uns, der Atomlobby Paroli zu bieten.

Wenn Du selbst kein Geld entbehren kannst, kennst Du vielleicht jemanden, der/

die die eigene atompolitische Position auch in einer Spende für .ausgestrahlt ausdrücken möchte. Bitte sprich Deine Mitmenschen darauf an!

Was das Spenden leichter macht:

.ausgestrahlt e.V. ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden für .ausgestrahlt sind daher ab sofort steuerlich absetzbar.

Wer .ausgestrahlt bis zum 16. 04. 09 eine monatliche Spende zusichert, dem schenken wir die druckfrische 92-seitige Fotodokumentation "Du schreibst Geschichte" über den Protest gegen den Castor-Transport nach Gorleben im November 2008.

Für Deine Unterstützung sage ich schon heute: Herzlichen Dank!

Jochen Stay
(für das .ausgestrahlt-Team)